



Berlin, 27. Juli 2016

GdP zu Lagebild Cybercrime des Bundeskriminalamtes

Malchow: Großer Nachholbedarf bei IT-Experten

Berlin. Die Polizei braucht nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gut ausgebildete IT-Experten. Zwar stelle das Internet als Kriminalitätsraum und Tatbehebungsmittel die Ermittler permanent vor große und neue Herausforderungen, doch die eigentliche Schwierigkeit bestehe für die Polizei darin, Fachkräfte für diese Aufgabe bei den Sicherheitsbehörden zu gewinnen, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Mittwoch in Berlin anlässlich des vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichten Bundeslagesbildes „Cybercrime 2015“.

„Nach den Anschlägen und Gewalttaten der letzten Woche wird intensiv über die Abgründe des sogenannten Darknet diskutiert. Dieses mehr oder weniger geheime Netz ist für die Polizei kein Neuland. Erfolgreiche Ermittlungen beispielsweise im Bereich der Kinderpornografie haben das deutlich gezeigt. Da aber das Internet einen immer stärkeren Part in unserem Leben einnimmt, muss die Polizei auch dort, die immens wichtige Präventions- aber auch Ermittlungsarbeit leisten können“, sagte Malchow. Wenn er aber aus den Kollegenkreisen höre, dass derzeit die Polizei in den meisten Bundesländern für Informatiker nicht attraktiv sei, lasse das aufhorchen.

So habe ein ehemaliger Kollege, der sechs Jahre lang bei einem Landeskriminalamt beschäftigt war und dort digitale Spuren bei Rechnern, Smartphones, Tablets oder Navigationsgeräte ausgewertet hatte, sich darüber beklagt, dass beispielsweise Diplombiologen bei Tätigkeiten in der DNA-Forensik standardmäßig höher eingruppiert werden als ein Diplom-Informatiker, der als IT-Forensiker beschäftigt ist. Zudem sei es ein Problem, so Malchow, dass qualifizierte Hochschulabgänger sich häufig zunächst im öffentlichen Dienst Berufserfahrungen holen, um dann erheblich lukrativere Angebote aus der Wirtschaft anzunehmen. Die Länder und der Bund hätten durchaus schon einiges unternommen, um Spezialisten auf lange Sicht zu binden oder anzulocken. Die Wirklichkeit zeige aber, dass dies noch nicht ausreiche.

GdP-Chef Malchow appellierte an die verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern, in dieser durch brutale Terrorakte und entsetzliche Gewalttaten geprägten Zeit über den Tag hinaus zu denken und eine zukunftssichere Polizei zu stellen. „Es reicht nicht aus, jetzt unter dem Eindruck der Ereignisse zu versprechen, Tausende von Polizistinnen und Polizisten einzustellen zu wollen. Die Tätigkeit bei der Polizei muss auch für Experten attraktiver werden. Das hat auch mit der entsprechenden Vergütung zu tun“, betonte er.

Kontakt:
Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand - Pressestelle
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon:
030 39 99 21-113 bis 117
Telefax:
030 39 99 21-190
Pressesprecher:
Rüdiger Holecek
Mobil: 0172 7121599
Internet:
www.gdp.de
Twitter:
[@GdPPresse](https://twitter.com/GdPPresse)
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de